

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1986 – Juni

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die seit Anfang 1983 zu beobachtende zögernde Belebung der Konjunktur wurde im ersten Vierteljahr 1986 erneut unterbrochen. Produktion und Auftragseingänge gingen merklich zurück. Damit stehen die verfügbaren Konjunkturdaten im Gegensatz zum optimistischen Grundtenor aller Prognosen für das laufende Jahr. Der Rückgang der Rohölpreise hatte die meisten Prognostiker dazu veranlaßt, die Wachstumserwartungen für das laufende Jahr nochmals nach oben zu korrigieren. Allgemein wurde und wird eine Verstärkung der Auftriebenden im Jahresverlauf erwartet.

Die Grundlage der optimistischen Einschätzungen ist die Hoffnung auf eine kräftige Belebung des Konsums, der in den vergangenen Jahren, seit 1980, ständig hinter die allgemeine Entwicklung des Sozialprodukts zurückgefallen war. Bei infolge des Ölpreiseinbruchs fast stabilen Verbraucherpreisen, höheren Lohnabschlüssen, nicht weiter steigender Lohnsteuerbelastung und leicht zunehmenden Beschäftigtenzahlen wird nun mit einem Reallohnanstieg um vier Prozent und einer eher noch etwas stärkeren Ausweitung der Konsumausgaben gerechnet. Zwar ist für das laufende Jahr tatsächlich erstmals seit 1979 wieder von einer deutlichen Erhöhung der realen Arbeitseinkommen der Beschäftigten auszugehen; ungewiß ist aber, ob diese zusätzliche Kaufkraft tatsächlich voll in den Konsum fließt oder teilweise einer Aufstockung der Spareinlagen dient. Auch bleibt die Preisentwicklung im zweiten Halbjahr 1986 ungewiß; gegenwärtig tendieren die Ölpreise jedenfalls wieder nach oben.

Während in den ersten Monaten von 1986 immerhin erste Anzeichen einer Konsumbelebung sichtbar geworden sind – vor allem ein deutlicher Anstieg der Einzelhandelsumsätze – ist der Export und sind auch die Investitionen zurückgefallen. Dies ist die wichtigste Ursache des Einbruchs im ersten Vierteljahr. Es ist fraglich, ob die Belebung des Konsums ausreicht, um einen sich verstärkenden Exportrückgang aufzufangen. Immerhin muß darauf verwiesen werden, daß die Exporte in den Vorjahren außerordentlich kräftig

angestiegen waren, also sich ein verstärkter Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung auf die Weltmärkte vollzogen hat. Die diese Exportorientierung stimulierenden Sonderfaktoren – vor allem der starke Dollar – sind nun weggefallen. Trotzdem gehen die Prognosen davon aus, daß der Exportrückgang des ersten Quartals eine vorübergehende Erscheinung ist, daß die Ausfuhren sich im Jahresverlauf wieder erholen werden, um im Jahresdurchschnitt 1986 etwa im Ausmaß des Sozialproduktwachstums zuzunehmen. Dies muß allerdings als eine sehr riskante Einschätzung bezeichnet werden, da weder in den USA noch in Westeuropa von einer Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte gesprochen werden kann. Die Verschärfung der Verschuldungsproblematik und die Einnahmerückgänge bei den öl- und rohstoffexportierenden Entwicklungsländern werden zu einer Einengung der Absatzmärkte in der Dritten Welt führen.

Auch die Expansion in den stark exportorientierten Investitionsgüterindustrien (mehr als die Hälfte der Produkte geht in den Export) hängt in hohem Maße davon ab, ob die ausländischen Absatzmöglichkeiten weiter zunehmen. Ist das nicht der Fall, so dürfte es dort auch zu einer Einschränkung der bislang recht expansiv gestalteten Investitionspläne kommen.

Die staatliche Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig offensichtlich bemüht, eine allzu restriktive Wirkung zu vermeiden. Es soll auf jeden Fall verhindert werden, daß die im Januar 1987 stattfindenden Bundestagswahlen im Schatten einer sich abzeichnenden neuen zyklischen Krise stehen.

Trotz der erwarteten deutlichen Anhebung der Reallöhne und -gehälter sollen die Unternehmerrgewinne im laufenden Jahr doppelt so rasch wie die Arbeitseinkommen steigen, noch stärker als in den Vorjahren. Die „Lohnquote“, d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, soll weiter sinken. Besonders auffallend sind die Gewinne der großen Unternehmen und der Banken, während die Zahl der Un-

ternehmenszusammenbrüche und Insolventen anhaltend hoch bleibt.

Die Arbeitslosigkeit sinkt trotz der Zunahme der Beschäftigtenzahlen kaum. Ein gewisser Rückgang bei den registrierten Ziffern gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend die Folge einer Veränderung in der Statistik. Daß die Arbeitslosigkeit derzeit nicht weiter steigt, ist außerdem keineswegs eine Folge der „Marktdynamik“ sondern fast ausschließlich auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Wochenarbeitszeitverkürzung: Nachdem 1985 für etwa vier Millionen Beschäftigte die Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden gesunken ist, treten 1986 für weitere 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellte tarifliche Arbeitszeitverkürzungen in Kraft. Entscheidend bleibt, daß die damit eingeleitete Entwicklung in der nächsten Zeit deutlich beschleunigt wird. Nur so kann verhindert werden, daß die Arbeitslosigkeit bei einer neuen zyklischen Krise sprunghaft weiter ansteigt.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld und Kapitalmarkt
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Verschuldung der Dritten Welt

2 Unternehmerrgewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Sozialhilfe
- 3.4 Soziale Bewegungen, Streiks und außerparlamentarische Massenbewegungen
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Produktion

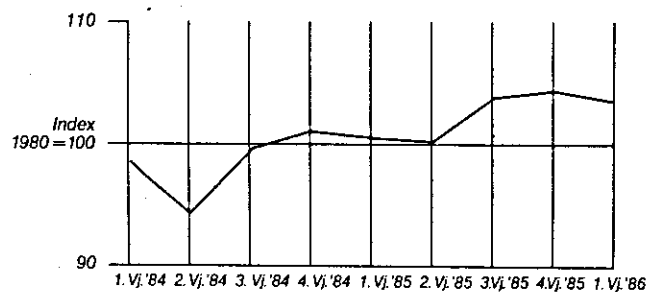
Entgegen dem sehr optimistischen Grundtenor der Prognosen für 1986 ist die Erzeugung im produzierenden Gewerbe im Verlauf der ersten Monate dieses Jahres deutlich zurückgefallen. Sie liegt derzeit (Märzdaten) nicht höher als zur Jahresmitte 1985. Im produzierenden Gewerbe (Industrie im engeren Sinne) stagniert die Produktion seit drei Quartalen.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1984				1985				1986	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. ²	
98,6	94,5	99,9	101,3	100,4	102,1	104,4	104,8	103,8	

1 Index 1980 = 100
2 Vorläufig
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Das Produktionsniveau vom Jahresbeginn 1985 ist nicht mehr überschritten. Eine Kräftigung des Aufschwungs kommt auch bei diesem Vergleichsmaßstab nicht zum Ausdruck.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	November	Dezember	Januar	Februar	März
Insgesamt	+1,6	+2,6	+3,8	+3,7	-1,0
Grundstoffe und Produktionsgüter	-1,6	-1,4	+2,1	+1,1	-5,0
Investitionsgüter	+6,5	+5,2	+5,1	+6,2	+1,5
Verbrauchsgüter	-1,9	+2,4	+1,8	+3,6	+1,0

1 1985/86 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Ziffer
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff. S. 65)

Ungünstig entwickelt haben sich auch die industriellen Auftragseingänge in den abgelaufenen Monaten. Der Trend ist hier seit der Jahresmitte 1985 leicht nach unten gerichtet. Eine klare Aufwärtsbewegung – wie sie eigentlich nach den Prognosen zu erwarten wäre – ist bislang nirgends sichtbar.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1984				1985				1986	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
102	99	105	105	107	108	110	109	108	

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Das Vorjahresniveau ist auch bei den Aufträgen nicht mehr überschritten – dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die industriellen Erzeugerpreise – insbesondere für Grundstoffe und Produktionsgüter (Mineralöl) – gegenwärtig deutlich unter dem Vorjahresstand liegen. Real erreichte der Auftragseingang im März den Vorjahresstand.

Betrachtet man die Entwicklung der saisonbereinigten Monats- und Quartalsergebnisse, so ist die Auftragsentwicklung sowohl bei

Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
November	+ 4,9	- 2,9	+10,8	+ 0,3
Dezember	+ 5,5	+ 0,8	+ 8,5	+ 3,1
Januar	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,4	+ 6,5
Februar	+ 2,4	- 4,8	+ 5,8	+ 4,1
März ²	- 5,1	-10,8	- 2,1	- 4,8

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

den inländischen als auch bei den ausländischen Bestellungen tendenziell leicht nach unten gerichtet. Verglichen mit dem Ausgangsniveau von 1980 liegen allerdings die ausländischen Auftragseingänge real immer noch deutlich höher als die inländischen Orders.

Im Jahresvergleich haben sich die Differenzen aber inzwischen weitgehend ausgeglichen. Das Volumen sowohl der inländischen wie auch der ausländischen Auftragseingänge liegt derzeit etwa auf der Höhe der entsprechenden Vorjahresergebnisse.

Es kann konstatiert werden, daß sich die Dynamik der Exportkonjunktur auf hohem Niveau abgeschwächt hat, aber ohne daß bislang die Inlandskonjunktur diesen Ausfall hat kompensieren können. Die erhoffte Belebung der inländischen Nachfrage ist bis zuletzt noch nicht eingetreten, d. h. die zaghafte Ansätze der zweiten Jahreshälfte 1985 haben sich in den ersten Monaten von 1986 nicht fortgesetzt.

Bei einer fast allgemeinen Abschwächung der Entwicklung gestaltet sich die Lage der verschiedenen Branchen außerordentlich unterschiedlich, von einer Tendenz zu größerer Ausgeglichenheit kann keine Rede sein.

In der **eisenschaffenden Industrie** ist die Produktion nun wieder leicht rückläufig, in den ersten vier Monaten des Jahres war die Rohstahlerzeugung knapp zwei Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Wegen der Verschlechterung der Exportmöglichkeiten wird derzeit für das ganze Jahr mit einer Stahlerzeugung zwischen 39 und 40 Millionen Tonnen gerechnet, ungefähr drei Prozent weniger als 1985. Die Produktionskapazitäten der westdeutschen Stahlindustrie werden gegenwärtig auf gut 47 Millionen Tonnen geschätzt – gegenüber gut 65 Millionen Tonnen 1982. Die Zahl der Beschäftigten wird 1986 deutlich unter 150 000 sinken, gegenüber 176 000 im Jahre 1982. Während die Produktion heute eher etwas über dem Stand des Jahres 1982 liegt, ist die Belegschaftsziffer um etwa 15 Prozent zurückgegangen.

Die Konzerne der **chemischen Industrie** haben im letzten Jahr außerordentliche Gewinne erzielt. Die drei Großkonzerne erwirtschafteten zusammen einen Gewinn (vor Steuern) von fast zehn Milliarden Mark, das ist eine Steigerung von über zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Aufschwung der Produktion, der auch schon 1985 nur verhalten gewesen war, hat sich jedoch in den ersten Monaten von 1986 nicht weiter fortgesetzt. Vor allem spielt die Verschlechterung der Absatzaussichten im Export eine große Rolle. In der Branche wird allerdings erwartet, daß die gegenwärtig sichtbare Schwächetendenz nicht anhält. Die Gewinnaussichten bleiben außerdem trotz Produktionsabschwächung und Dollarverfall günstig: Die Rohstoffpreise entlasten die Kostenrechnung der Unternehmen beträchtlich.

Auch im **Maschinenbau**, der auf ein glänzendes Jahr mit kräftigen Produktionszuwächsen zurückblickt, war die Entwicklung im ersten Vierteljahr weniger günstig als bisher. Die Auftragseingänge sind stark zurückgegangen, im ersten Vierteljahr lagen sie real um acht Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Vor allem die Auslandsaufträge sind regelrecht eingebrochen, während die Inlandsaufträge stagnieren. Allerdings sind die Auftragsreserven hier noch hoch, die weitere Entwicklung dürfte stark davon abhängen, ob die Auslandsnachfrage weiter zurückgeht.

Die **Automobilindustrie** hatte ursprünglich mit einer Fortsetzung des Aufwärtstrends vom letzten Jahr gerechnet. Diese Erwartun-

gen haben sich im ersten Vierteljahr 1986 nicht erfüllt. Produktion und Aufträge sind deutlich nach unten gerichtet, obwohl die Zulassungsziffern für PKW hoch geblieben sind. Dies hat mit den verschlechterten Verhältnissen im Außenhandel zu tun. Der PKW-Export ist im ersten Quartal um acht Prozent unter den Vorjahresstand zurückgefallen, gleichzeitig nimmt der PKW-Import zu. Trotzdem hoffen die Unternehmen noch auf einen verspäteten „Autofrühling“, der sich aber nur auf die Inlandsnachfrage stützen könnte. Für 1986 wird deshalb noch immer auf einen leichten Produktionszuwachs gesetzt.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	3. Vj. 85	4. Vj. 85	Jan.	Febr. ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 5,0	+ 3,4	+ 4,6	+ 3,6
Eisenschaffende Industrie	+ 5,8	+ 0,9	+ 0,4	- 0,4
Chemische Industrie	+ 3,3	- 0,1	+ 3,0	+ 0,3
Maschinenbau	+ 7,9	+ 7,0	+ 8,5	+ 7,3
Straßenfahrzeugbau	+ 4,6	+ 1,6	+ 2,8	+ 4,8
Elektrotechnik	+15,6	+ 8,7	+ 0,3	+ 6,1
EDV-Geräte	+22,4	+27,9	+ 8,7	+17,0
Textilgewerbe	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,7
Bekleidungsgewerbe	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,5
Bauhauptgewerbe	0,0	- 3,0	+47,8	- 4,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr, 1985/86
2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Bundesministerium, Monatsbericht, Iff.)

Die **Elektroindustrie** rechnet für 1986 weiterhin mit einer kräftigen Expansion der Erzeugung um sechs bis sieben Prozent, vor allem im Investitionsgüterbereich mit Ausnahme der Kraftwerkseinrichtungen. Im Gebrauchsgüterbereich überwiegen allerdings die stagnativen Tendenzen. Hauptmotor wird weiterhin der große Rationalisierungsbedarf im In- und Ausland sein, also die Bereiche Daten- und Nachrichtentechnik sowie Meß- und Regeltechnik.

In den **Textil- und Bekleidungsindustrien** ist bislang von der erhofften Ausweitung des Konsums kaum etwas zu spüren. Insbesondere in den Unternehmen der Bekleidungsindustrie – die 1985 einen Produktionszuwachs von 0,3 Prozent verbuchen konnten – ist die Stimmung eher gedrückt. Immerhin hofft man, von der steigenden Kaufkraft der Verbraucher profitieren zu können, so daß das Ergebnis von 1986 nicht schlechter ausfallen wird als 1985.

In der **Bauwirtschaft** scheint der Abwärtstrend einigermaßen gestoppt, eine allgemeine Besserung ist aber nicht in Sicht. Das Bauvolumen, das 1985 um sechs Prozent zurückgegangen war, wird 1986 bestenfalls auf dem erreichten niedrigen Niveau stagnieren. Die Zahl der Beschäftigten, die 1985 um 80 000 gesunken ist, wird im laufenden Jahr nochmals um 30 000 zurückgehen.

Vor allem im Wohnungsbau ist die Tendenz weiter nach unten gerichtet. 1985 wurde mit 312 000 Wohnungen das bislang schlechteste Fertigstellungsergebnis erreicht. Im laufenden Jahr wird mit 280 000 Wohnungsfertigstellungen gerechnet.

Eine gewisse Belebung läßt der Anstieg der Bauaufträge im gewerblichen und im öffentlichen Bau erwarten. Dies wird aber lediglich ausreichen, um die Schwäche im Wohnungsbau auszugleichen. Insgesamt zeigt der Auftragseingang bislang keine Anzeichen einer zu erwartenden generellen Belebung in der Bauwirtschaft.

Im **Einzelhandel** waren erste Anzeichen der erwarteten Konsumbelebung spürbar. Im ersten Vierteljahr 1986 lagen die Umsätze preisbereinigt um etwa drei Prozent über dem Vorjahresstand. Für das ganze Jahr 1986 wird mit einem realen Zuwachs um etwa dreieinhalb Prozent gerechnet – womit allerdings immer noch nicht das halbe Prozent erreicht sein würde. Die positiven Umsatzvolumen von 1980 wieder erreicht sein würde. Die positiven Absatzwartungen des Einzelhandels stützen sich auf die zu erwartende kräftige Steigerung der Kaufkraft der Masseneinkommen. Etwas höhere Tarifabschlüsse, die ölpreisbedingt nahezu stabilen Verbraucherpreise, Auswirkungen der Steuerreform, die leichte Zunahme der Beschäftigten und einige Verbesserungen der

sozialen Transferleistungen werden die Massenkaukraft erstmals seit 1980 deutlich ansteigen lassen. Wenn auch damit zu rechnen ist, daß die in den letzten Jahren stark gesunkene Sparleistung aufgestockt werden und zudem ein erheblicher Teil der zusätzlichen Kaufkraft in Urlaubsreisen gesteckt wird, kann doch im Jahresverlauf mit einer deutlichen inlandswirksamen Expansion der Konsumausgaben gerechnet werden.

Die sehr optimistischen Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute für 1986 („Frühjahrgutachten“) stehen derzeit in einem krassen Gegensatz zu den aktuellen Ziffern und den Ergebnissen des ersten Vierteljahrs 1986. Während diese einen Konjunkturrückgang zu signalisieren scheinen, erwartet das „Frühjahrgutachten“ eher eine Verstärkung der bisherigen schwachen Belebungstendenzen. Dabei stützen sich diese Erwartungen auf die absehbare Kaufkraftausweitung der Konsumenten u. a. als Folge der gesunkenen Ölpreise. Während der Einbruch vom Jahresanfang vor allem auf die rückläufige Exporte und eine zeitweilige Investitionsschwäche zurückzuführen ist, hat sich die gestiegene Kaufkraft der Konsumenten noch nicht voll in zusätzliche Käufe umgesetzt. Damit ist allerdings im weiteren Jahresverlauf zu rechnen, so daß nicht davon ausgegangen werden kann, daß die derzeit zu beobachtende Schwäche der Konjunktur anhalten wird. Es dürfte sich hierbei um eine „Wachstumspause“ handeln, deren Ursache mit der Umstellung der Konjunktur, der Ablösung der exportgetriebenen durch eine eher binnenmarktorientierte (und vergleichsweise „schwächere“) Nachfrageexpansion zusammenhängt. Ob es zu der erwarteten verstärkten Belebung kommt, ist allerdings durchaus fraglich: Dies hängt vor allem davon ab, ob sich die Exporte wieder stabilisieren werden oder ob es hier zu einem anhaltenden Rückschlag kommt. Auch muß darauf verwiesen werden, daß der private Verbrauch in den letzten fünf Jahren wesentlich schwächer gestiegen ist als das Sozialprodukt, der für 1986 erwartete „Konsumstoß“ also keineswegs ausreichen wird, um den strukturellen Rückgang der Konsumquote, d. h. des konsumierten Teils des Sozialprodukts, auszugleichen.

Es kann allerdings davon ausgegangen werden, daß die Stabilisierung des Konsums den Ausbruch einer neuen zyklischen Krise hinauszögern wird.

1.2 Geld- und Kapitalmarkt

Nach einer uneinheitlichen Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes im Jahre 1985 schien sich im ersten Vierteljahr 1986 ein Wiederaufstieg anzubahnen. Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich die Kreditvergabe an inländische Unternehmen und Private deutlich beschleunigt. Dagegen ist die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte fast stagnierend; das hängt auch damit zusammen, daß die öffentliche Hand im Zuge der Zinsverbilligung ihre Finanzierungsbedürfnisse auf den Kapitalmarkt verlagert hat: Dort war nämlich der Absatz von Wertpapieren mit knapp 30 Milliarden DM im ersten Quartal 1986 fast doppelt so hoch wie in demselben Zeitraum 1985 (16 Milliarden).

Die Nettoauslandsforderungen der Bundesbank und der Kreditinstitute steigen seit dem zweiten Vierteljahr 1985 merklich an: Innerhalb von sechs Monaten wuchsen die Nettokredite der Banken um 30 Milliarden DM, was die enormen Kapitalabflüsse der Zahlungsbilanz der BRD widerspiegelt.

Im Jahre 1985 und im ersten Quartal 1986 kam es auf dem Kapitalmarkt zu einem erneuten Anstieg der Neuemissionen von festverzinslichen Wertpapieren. Während im vorigen Jahr die ausländischen Rentenwerte für diese Zunahme sorgten, war im ersten Vierteljahr 1986 die Emissionsfreudigkeit der inländischen Stellen ausschlaggebend. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Ausländer 1985 sowohl auf der Absatz- (35 Milliarden DM) als auch auf der Erwerbsseite stark vertreten waren (31 Milliarden): per Saldo flossen der BRD über 4 Milliarden DM zu.

Trotz der Börseneuphorie war der Absatz von neuen inländischen Aktien 1985 enttäuschend: In den Jahren des Booms 1983–1985 war der Nominalwert der neuen Dividendenwerte nicht wesentlich höher als in den Jahren 1980–1982, in denen eine Baissestimmung

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1984 Dezember	1985 März	1986 März	1984 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	1985 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	1986 ² Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
Kredite an inländische Nichtbanken	1931,0	2026,9	2056,9	5,8	5,0	5,5
- Unternehmen u. Private	1468,8	1548,2	1579,2	6,4	5,4	6,7
- Öffentliche Haushalte	462,2	478,7	477,7	3,8	3,6	1,7
Netto-Auslandsforderungen	128,4	164,1	172,1	7,4	28,0	34,2
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1143,2	1229,4	1269,3	6,8	7,6	6,8
darunter Spareinlagen und -briefe	347,1	368,5	386,3	6,9	6,2	11,0
Geldvolumen (M ₃)	916,2	961,6	959,7	4,7	4,9	7,8

1 Einschließlich „Zentralbankanlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1983 Jahr	1984 Jahr	1985 1. Vj.	1986 ¹ 1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	34393	36664	42738	17510
Kommunalobligationen	28312	19425	18446	3878
Sonstige Bankschuldverschreibungen	23416	15213	14568	12228
Industrieobligationen	- 594	- 201	298	488
Ausländische Rentenwerte	5734	15710	27145	6390
Absatz = Erwerb insgesamt	91270	86811	103195	35187
darunter Kreditinstitute	35208	26468	32731	1383
Inländische Nichtbanken	42879	49974	39340	28645
	11824			

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

an der Aktienbörse herrschte. Angesichts dessen ist es ganz falsch von einer „Renaissance der Aktie“ als Finanzierungsinstrument der Unternehmen zu sprechen.

Ein regelrechter Boom der Börsenumsätze ist aber auf dem Sekundärmarkt zu verzeichnen: der Kurswert der Börsenumsätze der Dividendenwerte inländischer Emittenten stieg von 85 Milliarden DM auf 211 Milliarden 1985; auch wenn man diese Zunahme zum Nominalwert berechnet, ist doch eine Verdoppelung des Handels mit „alten“ Aktien festzustellen.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften ist die Kauflust weiterhin auf die Rentenfonds gerichtet: Hier war das Mittelaufkommen 1985 mit 8,3 Milliarden DM doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor; im ersten Quartal 1986 beschleunigte sich die Anstiegstendenz mit knapp 4 Milliarden deutlich. Bei den Aktienfonds setzt sich dagegen der seit Jahren beobachtete Nettoverkauf von Investmentzertifikaten fort. Diese Entwicklung wird durch den Anteilumlauf bestätigt; zwischen Ende 1978 und Ende 1985 gehen die Anteile an Aktienfonds unaufhaltsam zurück: von 460 Millionen Stück auf 240 Millionen.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		30. 12. 1980 = 100
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	153,8
2. Vj.	8,27	8,0	150,9
3. Vj.	8,34	7,9	148,2
4. Vj.	8,30	7,2	161,4
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.	8,22	7,1	192,3
3. Vj.	7,80	6,5	213,8
4. Vj.	7,52	6,5	255,4
1986			
1. Vj.	7,35	6,2	295,7

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
2 Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Wie die Tabelle zeigt, nehmen Zinsen und Renditen weiterhin ab: die Diskontherabsetzung durch die Bundesbank von 4 auf 3,5 Prozent im März d. J. bekräftigte diese Tendenz. Die Solizinsen für Kontokorrentkredite von 1 Million bis unter 5 Millionen DM sanken im April unter 7 Prozent und die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand unterschritten nach fast zehn Jahren wieder die 6-Prozent-Marke.

Die Aktienkurse schnellen seit Jahren empor; eine ähnliche Entwicklung ist an fast allen Börsen der hochentwickelten kapitalistischen Länder zu beobachten. Außer Italien, wo es zwischen Ende 1984 und Ende 1985 mit 135 Prozent zu einer Rekordhausse der Aktienkurse kam, war die Expansion in der Bundesrepublik, Frankreich und den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt (siehe Tabelle). Im ersten Quartal 1986 zeichnet sich in Italien, Frankreich, Japan und Großbritannien eine erneute Beschleunigung der Aktienkurse ab. Die Börsenumsätze haben astronomische Höhen erreicht, aber die Aktien als Finanzierungsmittel spielen heute in allen Ländern eine zweitrangige Rolle: In keinem Land macht ihr Anteil an der Geldkapitalbildung mehr als 10 Prozent aus.

Die Aktien im internationalen Vergleich

	Index der Aktienkurse (Veränderungen in Prozent) 1985/84	Börsenumsätze (täglich in Milliarden DM) März '86	Aktien in Prozent der Geldkapitalbildung März '85
USA	26	14	9,5
Großbritannien	16	20	2,1
BRD	59	15	1,6
Japan	16	20	1,4
Frankreich	40	34	5,6
Italien	135	57	0,6

(Quelle: Fachveröffentlichungen)

Erst Mitte Mai hat es hier einen gewissen Wandel gegeben: Der Anstieg der Aktienkurse setzte sich nicht fort, die Zinsen stiegen eher wieder etwas an. Tatsache bleibt, daß die Stimmung an der Aktienbörse wenig mit der realen Entwicklung und Perspektive der Wirtschaft zu tun hat, sondern eher mit dem Spekulationsfieber der Anleger; wie der bekannte Börsianer André Kostolany scharfsinnig einmal bemerkte: das Auf und Ab der Aktienbörse hängt davon ab, ob es mehr Idioten als Aktien gibt, oder umgekehrt mehr Aktien als Idioten!

1.3 Investitionen

Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen waren im letzten Jahr in realer Betrachtung leicht zurückgegangen – wobei die Ausrüstungsinvestitionen vor allem in der Industrie kräftig expandiert hatten, während die Bauinvestitionen scharf zurückgegangen waren. Für dieses Jahr wird erstmalig in diesem Aufschwung (seit 1983) eine deutliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Investi-

tionen erwartet, wobei – bei Stagnation der Bauinvestitionen – die Ausrüstungen weiterhin stark zunehmen sollen.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

	1982	1983	1984	1985	1986 ²
Anlageinvestitionen insgesamt	- 5,3	+ 3,2	+ 0,8	- 0,3	+ 4,0
Ausrüstungen	- 6,7	+ 5,6	- 0,5	+ 9,3	+ 8,0
Bauten	- 4,3	+ 1,7	+ 1,6	- 6,2	+ 1,0

1 Reale Veränderung in Prozent
2 Prognose der Forschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1986, S. 167; DIW-Wochenbericht, 18/1986)

Die verarbeitende Industrie plant nach den Befragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung für 1986 zwischen zehn und zwölf Prozent höhere Investitionen als im abgelaufenen Jahr, die Pläne wurden bis zum Jahresanfang 1986 tendenziell eher aufgestockt. Allerdings beruhen diese Planungen immer noch auf der Annahme einer relativ dynamischen Exportentwicklung – hier haben sich die Aussichten aber in letzter Zeit deutlich eingetrübt. Es ist also durchaus nicht ausgeschlossen, daß der vor allem die Investitionsgüterindustrien treffende Rückgang der Exportaufträge dort zu einer Revision der expansiven Investitionspläne führt. Auf der anderen Seite haben die Konsumgüterindustrien vielfach noch einige Kapazitätsreserven, so daß fraglich ist, ob die Belebung der privaten Nachfrage ausreicht, um dort zusätzliche Investitionen – und zwar Erweiterungsinvestitionen – zu stimulieren.

Immerhin ist festzustellen, daß die Investitionstätigkeit sich im ersten Vierteljahr 1986 verlangsamt hat. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten ist etwas zurückgegangen.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,8	84,5	84,5	85,2
1986	83,9			

1 in % der betrieblichen Vollausslastung
2 Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Die allgemein-beklagte Investitionsschwäche ist zu einem erheblichen Teil auf die staatliche „Sparpolitik“ zurückzuführen, die auch die öffentlichen Investitionen – welche einen hohen sozialen Stellenwert besitzen – betroffen hat.

Anlageinvestitionen des Staates¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
53,1	48,0	43,5	39,7	39,3	39,1	39,1

1 Gebietskörperschaften, in Milliarden DM zu Preisen von 1980
2 Schätzung
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1986, S. 167)

In realen Werten geben die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) derzeit rund ein Viertel weniger für Investitionen aus als 1980. Erstmals seit 1980 sollen die öffentlichen Investitionen im laufenden Jahr nicht weiter zurückgehen, man erhofft sich gewisse positive Effekte einiger die öffentliche Bautätigkeit stimulierenden Maßnahmen (Bundesmittel für Städtebau, Zinsverbilligungen für bestimmte Vorhaben).

Da die öffentlichen Investitionen überwiegend von den Gemeinden getätigt werden, ist die Wirkung solcher Fördermaßnahmen aber durchaus ungewiß. Eine entscheidende Rolle spielt die sehr unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Gemeinden.

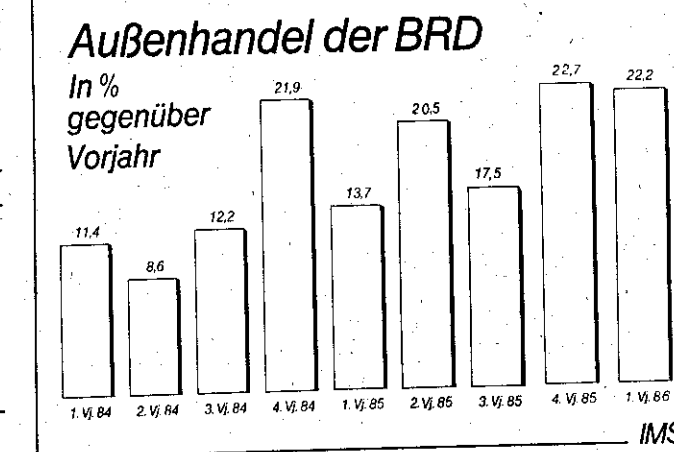
1.4 Außenwirtschaft

Die Ergebnisse im Außenhandel der letzten Monate sind in hohem Maße durch die Wechselkursentwicklung beeinflusst. In realer Rechnung lag die Wareneinfuhr im ersten Vierteljahr 1986 leicht unter dem entsprechenden Vorjahresstand, während die Wareneinfuhr höher war. Dies hängt u. a. mit der Aufwertung der DM vor allem gegenüber dem Dollar zusammen, die die Exportchancen in den Dollarraum verringert hat. Während in realer Betrachtung die Exportentwicklung stark an Dynamik verloren hat, ergibt sich ein erneut angestiegener nominaler Exportüberschuß: Dies ist auf die starke Verbilligung der Importe infolge gesunkener Rohstoffpreise und die Aufwertung der DM zurückzuführen.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM	%
1. Vj. 84	120,1	+ 13,7	108,7	+ 16,0	+ 11,4	- 4,2
2. Vj. 84	115,1	+ 8,6	106,5	+ 11,1	+ 8,6	- 15,7
3. Vj. 84	118,1	+ 14,2	105,9	+ 11,4	+ 12,2	+ 47,0
4. Vj. 84	135,1	+ 15,2	113,1	+ 7,1	+ 21,9	+ 88,9
1. Vj. 85	133,8	+ 11,4	120,2	+ 9,7	+ 13,7	+ 20,2
2. Vj. 85	138,8	+ 20,6	118,3	+ 11,1	+ 20,5	+ 138,4
3. Vj. 85	130,8	+ 10,8	113,2	+ 6,9	+ 17,5	+ 43,4
4. Vj. 85	138,5	+ 2,5	114,9	+ 1,6	+ 22,7	+ 3,6
1. Vj. 86	130,3	- 2,6	108,0	- 10,1	+ 22,2	+ 62,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Dieser Überschuß ist also vor allem den einschneidend verbesserten internationalen Austauschverhältnissen der Bundesrepublik zu verdanken. Als Indikator dieser Austauschverhältnisse gilt der Index der „Terms of Trade“. Damit wird das Verhältnis zwischen Einfuhr- und Ausfuhrpreisen gemessen. Ein Anstieg der „Terms of Trade“ der BRD besagt also, daß für eine bestimmte Menge von Exporten eine wachsende Menge an Importen einzutauschen ist.

Terms of Trade der Bundesrepublik¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
100	93,4	96,9	98,5	96,3	97,5	105,4

1 Index 1980 = 100
2 Februar 1986
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Das „Frühjahrsgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet für den weiteren Verlauf des Jahres eine erneute Steigerung der Exporte – eine Annahme, die allerdings wenig begründet erscheint. Von der im Gutachten behaupteten „Verstärkung von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern“ (DIW-Wochenbericht 18/1986, S. 226) ist bislang kein Anzeichen sichtbar. Im EG-Raum, dem nach wie vor wichtigsten Exportmarkt der Bundesrepublik, dürften sich die Exportchancen der BRD infolge der Aufwertung der DM im Europäischen Währungssystem (EWS) eher etwas verschlechtern. Die Exportchancen in die Entwicklungsländer sind

deutlich ungünstiger geworden, in den USA zeigen die konjunkturellen Indikatoren nach wie vor keine Überwindung der zur Zeit herrschenden Labilität an.

Für die internationale Position der bundesdeutschen Konzerne ist nicht nur der Waren- sondern auch der Kapitalexport von großer Bedeutung. Vor allem die Direktinvestitionen spielen als Ausdruck der Internationalisierung eine wichtige Rolle. Hier haben sich im vergangenen Jahr wichtige Verschiebungen ergeben.

Westdeutsche Direktinvestitionen¹

	Insgesamt in Mrd. DM	Industrieländer	Anteile in Prozent Entwicklungsländer
1970	3,5	76,3	23,7
1975	5,2	71,6	28,4
1980	8,2	86,7	13,6
1981	9,8	76,6	23,3
1982	9,8	77,5	22,5
1983	7,8	70,2	29,8
1984	9,3	85,0	15,0
1985	13,6	97,3	2,6

¹ Nettotransferleistungen, d.h. Bruttokapitalexporte in Form von Direktinvestitionen, abzüglich Rückflüsse aus Auflösung von Beteiligungen usw. (Quelle: Info-Schnelldienst, 13/1986, S. 4/5)

Die Entwicklung der beiden letzten Jahre zeigt auffällige Veränderungen: Zunächst ist darauf zu verweisen, daß die in den 70er Jahren kaum bemerkenswerten Rückflüsse in den 80er Jahren einen bedeutenden Umfang erreicht haben: 1985 beliefen sie sich auf 7,5 Milliarden DM, gegenüber 350 Millionen z.B. 1970. Eine große Rolle spielt dabei die Tatsache, daß derzeit ein massiver Kapitalabzug aus der Dritten Welt vonstatten geht, der auch die Direktinvestitionen erfaßt. Dies dürfte in erster Linie eine Reaktion der Großkonzerne auf die verschlechterte Wirtschaftslage der „Dritten Welt“ sein – die Entwicklungsländer Afrikas sehen sich 1985 sogar per saldo einer Verminderung der Direktinvestitionen gegenüber, d.h. die Rückflüsse überstiegen die Neuanlagen. Während die imperialistischen Finanzinstitutionen den Entwicklungsländern empfehlen, zum Ausgleich des massiven Kapitalabzugs durch die Banken mehr Direktinvestitionen zuzulassen, flieht das Kapital tatsächlich die durch den Internationalen Währungsfonds und die Banken wirtschaftlich ruinierten verschuldeten Länder.

Trotz der rapide ansteigenden Kapitalrückflüsse im Rahmen des Direktinvestitionsgeschäftes haben die Direktinvestitionen per saldo enorm zugenommen: Die Bruttokapitalexporte haben sich nämlich noch weit stärker erhöht, sie beliefen sich 1985 auf mehr als 21 Milliarden DM.

Während die Kapitalzuflüsse in Form von Direktinvestitionen an die Entwicklungsländer nahezu zum Erliegen gekommen sind, haben sich die Investitionen in den Industrieländern, darunter vor allem in den USA, kräftig erhöht: 1985 entfielen auf die USA 56 Prozent der Kapitalexporte (Direktinvestitionen). Auffallend ist, daß seit 1983 auch die Direktinvestitionen in Südafrika bedeutend zugenommen haben, obwohl sie von der Dimension her (138 Millionen 1985) nur wenig ins Gewicht fallen. Nach Branchen stand 1985 bei weitem die chemische Industrie mit Investitionen in Höhe von 4,2 Milliarden an der Spitze, eine Folge von Unternehmensaufkäufen der drei großen Chemiekonzerne vor allem in den USA. Auf die Bereiche Banken und Versicherungen entfielen 2,8 bzw. 2,1 Milliarden.

Wenn auch das Jahr 1985 durch einige Sonderfaktoren geprägt sein dürfte, kann doch mit dem Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung festgehalten werden, „daß die deutsche Wirtschaft insgesamt jetzt schon seit vielen Jahren viel stärker in das Ausland drängt als andererseits ausländische Investoren nach Deutschland“ (Ifo-Schnelldienst 13/1986, S. 13).

1.5 Verschuldung der dritten Welt

Die jüngsten Daten über die Verschuldung der Entwicklungsländer deuten auf eine weitere Zuspitzung dieser Problematik hin. Während die den verschuldeten Ländern in Form des Schuldendienstes entzogenen Kapitalmassen immer mehr anwachsen – im Jahre 1985 leisteten die Länder Zahlungen in Höhe von etwa 130 Milliar-

den Dollar, rund viermal so viel wie die offizielle Entwicklungshilfe –, steigt trotzdem die Schuldensumme weiter. Im laufenden Jahr wird sie die Marke von einer Billion Dollar überschreiten. Zum Vergleich: Das gesamte Sozialprodukt der dritten Welt wird derzeit auf etwa zweieinhalb Billionen geschätzt.

Trotz der etwas gesunkenen Zinsen nimmt die Last des Schuldendienstes eher noch zu. Bei den 15 am meisten verschuldeten Ländern beträgt die „Schuldendienstquote“, also die Relation von Zins- und Tilgungszahlungen zu den Exporteinnahmen, 44 Prozent, bei einzelnen Ländern (Argentinien) liegt sie bei 80 Prozent. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Exportpreise (Rohstoffe) gesunken sind, die Erwirtschaftung von Devisenüberschüssen also immer schwerer wird.

Bis 1981 war die Bedienung der Schulden durch immer neue Kredite finanziert worden, d.h. die privaten Banken befriedigten die wachsenden Kreditbedürfnisse relativ freigiebig, obwohl natürlich bekannt war, daß die neuen Kredite oft nur dazu dienten, die alten Schulden und die Zinsen darauf zu bezahlen.

Kennziffern der Verschuldung der Entwicklungsländer (Milliarden Dollar)

	1975	1980	1981	1982
Schulden insgesamt	173	610	702	809
darunter:				
Von Privaten	57	294	336	379
Schuldendienst	27	88	110	120
darunter:				
Zinsen	–	44	61	69
Zinssatz in %	6,0	8,9	9,5	9,6
Schuldendienstquote in % ²	12,0	17,1	20,5	23,6
	1983	1984	1985	1986
Schulden insgesamt	871	908	950	1010
darunter:				
Von Privaten	439	463	490	516
Schuldendienst	111	126	131	–
darunter: Zinsen	65	72	72	–
Zinssatz in %	8,5	8,4	–	–
Schuldendienstquote in % ²	22,0	22,9	24,1	–

¹ Entwicklungsländer, ohne acht Ölexporture des Nahen Ostens; wegen verschiedener Quellen und Erhebungsmethoden nicht voll vergleichbar;
² Anteil des Schuldendienstes (Zinsen und Tilgungen) an den Exporteinnahmen in % (Quellen: Weltbank und Internationaler Währungsfonds)

Als die Banken 1982 die Neuvergabe von Krediten an die Dritte Welt beträchtlich einschränkten – die kapitalistische zyklische Weltwirtschaftskrise von 1980/82 hatte die weltmarktorientierte Industrialisierungsstrategie vieler Entwicklungsländer zum Scheitern gebracht, außerdem benötigten die USA wachsende internationale Kredite zur Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits und ihrer Aufrüstung – kam es zu ersten Zahlungseinstellungen seitens einiger hoch verschuldeter Länder, an ihrer Spitze Mexiko. Es gelang jedoch, die weitere Zuspitzung der Verschuldungskrise im Rahmen koordinierter Aktionen der kapitalistischen Regierungen, Banken und supranationalen Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) zu verhindern: Den zahlungsunfähigen Ländern wurden Umschuldungen ermöglicht, wobei diese allerdings zu einem rigiden innenpolitischen Sparkurs gezwungen wurden. Die zur Bedienung der Schulden notwendigen Mittel sollten durch eine Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung erwirtschaftet werden – eine Strategie, die nicht nur das Elend der Bevölkerung vergrößerte, sondern auch zur Zerrüttung der Wirtschaft der betroffenen Länder beitrug. Im Zuge der Konjunkturbelebung vor allem in den USA nach 1983 hatten sich die meisten Entwicklungsländer eine gewisse Atempause verschaffen können: Es gelang ihnen, durch eine Erhöhung der Exporte und eine Reduktion der Importe Handelsüberschüsse zu erwirtschaften, mit denen ein Teil der Zinsen für die ausstehenden Kredite bezahlt werden konnte. Mit der Abschwächung der Absatzmöglichkeiten im Export, dem Preisverfall für viele Rohstoffe spitzte sich die Problematik erneut zu. Die 1982 ausgehandelte Schuldenregulierung mit Mexiko erwies sich als nicht haltbar, Mexiko geriet erneut in Zahlungsrückstand.

Derzeit wird versucht, gemäß einem vom amerikanischen Finanzminister Baker im Herbst 1985 vorgelegten Konzept den 15 am meisten verschuldeten Ländern „frisches Geld“ zuzuführen, um deren Zahlungsfähigkeit gegenüber den privaten Banken aufrechtzuerhalten. Die Banken sollen diesen Ländern in den nächsten drei Jahren 20 Milliarden Dollar neue Kredite zuführen, gleichzeitig erhöhen Internationaler Währungsfonds und Weltbank ihre Kreditvergabe um neun Milliarden Dollar. Verbunden damit sind neue harte Auflagen gegenüber den Entwicklungsländern, die wiederum auf eine weitere Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung hinauslaufen. Bislang aber ist diesem Konzept kein Erfolg beschieden. Schon die Dimensionen zeigen, daß es sich hier kaum um mehr als um einen politischen Versuchsballon handelt: „Während der „Baker-Plan“ den 15 Hauptschuldnerländern „frische Mittel“ in Höhe von 29 Milliarden Dollar zuführen soll, werden diese in den bevorstehenden drei Jahren etwa 160 Milliarden Dollar für den Schuldendienst aufbringen müssen.

2. Unternehmerrgewinne

Nach den Prognosen des „Frühjahrgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das laufende Jahr erneut ein Jahr der Unternehmerrgewinne. Der prognostizierte Gewinnzuwachs soll sogar noch kräftiger ausfallen als in den beiden vorangegangenen Jahren.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Brutto	% ¹	% ²	Netto	% ¹
	Mrd. DM			Mrd. DM	
1980	304,2	– 1,9	26,5	242,1	– 0,8
1981	304,3	0,0	25,6	245,3	+ 1,3
1982	321,0	+ 5,5	26,2	259,4	+ 5,7
1983	360,0	+ 12,1	28,1	300,0	+ 15,7
1984	393,6	+ 9,3	29,2	329,6	+ 9,9
1985	424,9	+ 8,0	30,0	354,7	+ 7,6
1986 ³	474,0	+ 11,5	31,2	400,5	+ 13,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

² Anteil am Volkseinkommen in Prozent

³ Prognose des Frühjahrgutachtens

(Quelle: Wirtschaft und Statistik 3/1986, S. 172; DIW-Wochenbericht 18/1986, S. 234)

Geht man von der vorliegenden Prognose aus, so liegen die Bruttogewinne 1986 um 170 Milliarden DM oder gut 55 Prozent über dem Stand von 1980. Der Anteil der Bruttogewinne am Volkseinkommen erhöhte sich in den letzten sechs Jahren um fast 5 Prozent. Bemerkenswert ist zudem, daß die Nettogewinne sich um etwa 160 Milliarden DM oder um zwei Drittel erhöhten, d.h., die direkten Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen blieben nahezu unverändert. Zahlten die Unternehmen und Selbständigen 1980 etwa 62 Milliarden DM an Steuern, so sollen es im laufenden Jahr mit etwa 73 Milliarden kaum mehr sein; obwohl sich die Bruttogewinne um mehr als die Hälfte erhöht haben. Die relative Steuerbelastung ist von 20,4 auf 15,5 Prozent gesunken. Zum Vergleich: Die relative Steuerbelastung der Löhne und Gehälter (ohne Sozialabgaben) erhöhte sich von knapp 17 Prozent 1980 auf knapp 19 Prozent 1986 – trotz Steuerreform. Die weit höheren Selbständigeneinkommen (sie liegen im Durchschnitt gut dreimal so hoch wie die Einkommen der Arbeiter und Angestellten – vgl. „INFORMATIONEN...“ 4/1985) werden also relativ weit weniger stark besteuert als die Löhne und Gehälter.

Bezieht man die Unternehmerrgewinne (netto) auf das Nettosachvermögen der Unternehmen (ohne Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Bundespost), so kann man die Sachkapitalrendite errechnen, d.h. die Rentabilität von Investitionen. Nach einer Untersuchung der wirtschaftspolitischen Abteilung des DGB lag die so ermittelte Kapitalrendite 1985 bei 11,4 Prozent – seit Mitte der siebziger Jahre steigt sie wieder an, nachdem sie vorher zurückgegangen war.

Nettokapitalrendite der Unternehmen¹

1966	1970	1975	1980	1985
12,6	13,7	9,3	10,0	11,4

¹ Nettoeinkommen der Unternehmen ohne Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Bundespost zum Nettoanlagevermögen plus Vorratsvermögen, gerechnet zu Wiederbeschaffungspreisen. (Quelle: WSI-Mitteilungen, 2/1986, S. 113)

Nach dieser Berechnung kann von einem allgemeinen Verfall der Renditen nicht die Rede sein – im übrigen zeigt sich aber auch, daß die durchschnittliche Sachkapitalrendite in keinem Jahr niedriger war als der vergleichbare Realzins, d.h. als die Rendite auf Geldkapitalanlagen – sieht man von Spekulationsgewinnen ab.

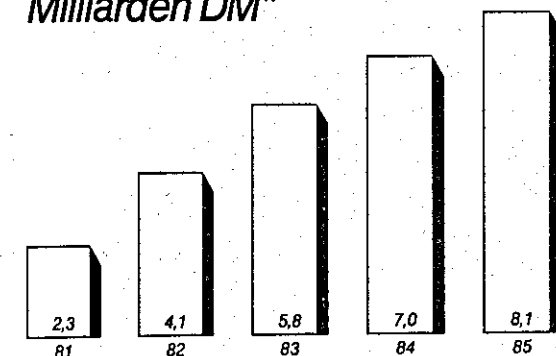
Während im Unternehmensbereich vor allem die Großunternehmen zum Teil geradezu abenteuerliche Gewinnsprünge erzielen – im Gegensatz dazu bleibt die Zahl der kleine und mittlere Unternehmen betreffenden Unternehmenszusammenbrüche und Insolvenzen mit mehr als 4800 Fällen im ersten Quartal 1986 auf der Vorjahreshöhe –, bewegen sich die Gewinne der Banken, vor allem der Großbanken, sogar noch darüber. Das Gesamtbetriebsergebnis der drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank), das jeweils nur überschlägig geschätzt werden kann, weil das Bilanzrecht den Banken erlaubt, nur ein Teilbetriebsergebnis zu veröffentlichen, das nicht das Gesamtgeschäft widerspiegelt, erreichte 1985 mit mehr als 8 Milliarden DM nahezu das Vierfache des Ergebnisses von 1981 und das Doppelte des Gewinns von 1982.

Gesamtbetriebsergebnis der Großbanken in Milliarden DM¹

	1981	1982	1983	1984	1985
Commerzbank	0,2	0,5	0,8	1,1	1,5
Dresdner Bank	0,6	1,1	2,2	2,2	2,6
Deutsche Bank	1,5	2,5	2,8	3,7	4,0
insgesamt	2,3	4,1	5,8	7,0	8,1

¹ Geschätzt auf der Grundlage der veröffentlichten Jahresabschlüsse (Quelle: Jahresabschlüsse; Presseberichte)

Gesamtbetriebsergebnis der Großbanken in Milliarden DM*



* geschätzt auf der Grundlage der veröffentlichten Jahresabschlüsse

IMSF

Darin ist der Ertrag aus dem „Flick-Deal“ der Deutschen Bank noch nicht einbegriffen, er wird erst für 1986 bilanziert werden. Zwar gibt die Deutsche Bank zum erzielten Gesamtgewinn keine Auskunft, allgemein wird aber in der Wirtschaftspresse davon ausgegangen, daß dabei rund eine Milliarde DM erlöst werden konnte.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse der letzten Monate liegen in ihrer Dimension durchweg über den Ergebnissen vom Vorjahr. Wurden die tariflichen Stundenverdienste 1985 um etwa 3,5 Prozent angehoben, so liegen die meisten Tarifabschlüsse nun bei etwa 4,5 Prozent.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1985	1986
	2. Vj.	1. Vj.
1. Vj.	+3,0	+2,8
2. Vj.	+2,9	+2,8
3. Vj.	+2,6	+2,8
4. Vj.	+2,3	+2,8

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Allerdings steigen die tariflichen Monatseinkommen deutlich langsamer. Auch im laufenden Jahr werden für etwa 2,5 Millionen Beschäftigte Arbeitszeitverkürzungen wirksam, die die Monatsergebnisse etwas drücken. Nach Untersuchungen des WSI waren am Jahresende 1985 für etwa 6,7 Millionen Arbeiter und Angestellte tarifliche Arbeitszeiten von unter 40 Wochenstunden vereinbart.

Die Prognosen der Einkommensentwicklung für 1986 rechnen durchweg mit einer kräftigen und auch real wirksamen Anhebung der Arbeitseinkommen.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,3	+4,2	+2,1	+1,5	+3,0	+3,7	+5,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,8	+3,8	+1,0	+0,5	+1,7	+2,3	+5,5
Je Beschäftigten	+5,2	+4,5	+2,9	+2,3	+1,7	+1,6	+4,5
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+2,4	+2,2	+0,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,3	-1,4	-2,4	-0,7	-0,7	-0,6	+4,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des „Frühjahrgutachtens“

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/86; DIW-Wochenbericht 18/86)

Ob die reale Anhebung tatsächlich so stark ausfallen wird, hängt in hohem Maße von der Preisentwicklung ab. Klammert man die Wirkungen der Preisrückgänge bei Benzin und Heizöl aus, so liegt die „Inflationsrate“ immer noch zwischen 1,5 und 2 Prozent. Da der Entlastungseffekt durch Rohölpreisverfall und Dollarabwertung einmalig ist – zwischen April und Mai sind die entsprechenden Preisindizes erwartungsgemäß wieder etwas angestiegen – kann davon ausgegangen werden, daß die Preissteigerungsraten im zweiten Halbjahr 1986 wieder deutlich höher sein werden. Daher erscheint die für das ganze Jahr prognostizierte Inflationsrate mit 0,5 Prozent als sehr optimistisch gewählt. Allerdings bleibt festzuhalten, daß es im laufenden Jahr eine kräftige Realloohnerhöhung geben wird, und zwar in einem Ausmaß, wie sie zuletzt 1978 registriert worden ist – damals spielte ebenfalls der Rückgang der Importpreise vor allem infolge des Kursverfalls des Dollars eine zentrale Rolle.

Trotzdem ist darauf zu verweisen,

– daß die Reallohne 1986 immer noch deutlich unter dem Stand von 1979 liegen werden;

– daß die Unternehmerrgewinne auch 1986 mehr als doppelt so rasch steigen sollen wie die Löhne und Gehälter, die Lohnquote also weiter sinken soll;

– die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten nach den gleichen Prognosen immerhin um 2,5 Prozent ansteigen soll.

Dem Ratschlag des „Frühjahrgutachtens“: „Deshalb wäre die Lohnpolitik gut beraten, wenn sie das gegenwärtig günstige Klima für Investitionen durch ein ebenso günstiges Klima für mehr Arbeitsplätze ergänzte, also darauf verzichtete, die Spielräume, die durch den Rückgang der Kosten für Öl und andere ausländische Vorerzeugnisse entstehen, für Lohnerhöhungen voll auszuschöpfen“ (DIW-Wochenbericht, 18/1986, S. 231) ist wenig Vertrauen entgegenzubringen. Es ist darauf zu verweisen, daß die Lohnpolitik dies (die Ausschöpfung der Lohnspielräume) seit 1980 nicht getan hat, mit dem Ergebnis, daß die Zahl der Arbeitsplätze – selbst wenn man die optimistischen Prognosen für 1986 einbezieht – dann immer noch um mehr als eine halbe Million unter dem Stand von 1980 liegen wird. Die Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze 1985 und 1986 ist ganz überwiegend beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu verdanken, dabei an erster Stelle der Wochenarbeitszeitverkürzung.

Bemerkenswert ist, daß die in der obigen Formulierung zum Ausdruck kommende konservative Wirtschaftsphilosophie – ergänzt durch ein Plädoyer für stärkere „Differenzierung der Arbeitskosten“ (zu Lasten der unteren Einkommensgruppen) und eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeiten – offensichtlich auch durch das SPD-nahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

getragen wird. Während sich das an den Gemeinschaftsgutachten beteiligte DIW in früheren Jahren bemüht hatte, sich von solchen einseitig unternehmerfreundlichen Empfehlungen durch vorsichtige Minderheitsvoten abzugrenzen, scheint jetzt, in der Vorwahlzeit, das Bemühen zu überwiegen, den „Konsens“ mit den sozialreaktionären Grundpositionen der übrigen Institute zu suchen. Dabei scheut sich das DIW nicht, die Bundesregierung unisono mit den übrigen Instituten quasi „von rechts“ zu kritisieren: So wird z. B. behauptet: „Die Übertragungen an Sozialhilfeempfänger, die Mitte 1985 kräftig angehoben wurden, erreichen oder übersteigen nicht selten jene Arbeitseinkommen, die in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erzielt werden. Dies mindert die Leistungsanreize und erschwert zugleich das Erreichen einer beschäftigungskonformen Auffächerung der Lohnstruktur“ (ebd., S. 232). Während nach allen Untersuchungen die Sozialhilfesätze in den letzten Jahren weit unter die Grenze gefallen sind, die „dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens (ermöglicht), das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1 Bundessozialhilfegesetz), sind die Sätze den Instituten noch zu hoch. Denn, da die Institute für eine weitere Absenkung der unteren Einkommen plädieren, wäre implizit auch eine weitere reale Absenkung der Sozialhilfesätze nötig, da diese nach der Logik des Gutachtens deutlich niedriger als die untersten Arbeitseinkommen sein sollen. Daß solche für eine weitere Ausbreitung der Armut eintretenden Positionen auf der konservativen Seite des politischen Spektrums zu finden sind, ist sicher nicht überraschend – daß das sozialdemokratisch orientierte DIW aber solche unsozialen und zudem rechtswidrigen (das Bundessozialhilfegesetz verlangt explizit eine bedarfsorientierte Ausgestaltung) Forderungen mitträgt, ist schon erschreckend.

3.2 Preise

Erstmals seit 1959 ist der Preisindex der Lebenshaltung für alle Haushalte im April im Jahresvergleich zurückgegangen, steht also ein Minuszeichen vor der „Inflationsrate“.

Lebenshaltung 1985¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Januar	+0,2	+1,3
Februar	-0,2	+0,7
März	-0,2	+0,1
April	-0,2	-0,2

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Dies ist ganz überwiegend dem Faktor „Rohölpreise“ zu verdanken, der in seinen Auswirkungen durch den Kursverfall des Dollar noch verstärkt worden ist. Die Tonne Rohöl kostete im März für den bundesdeutschen Importeur mit um die 350,- DM nur noch die Hälfte des Vorjahrespreises. Nach verschiedenen Schätzungen soll die „Ölrechnung“ der Bundesrepublik 1986 um 25 bis 35 Milliarden DM geringer ausfallen als 1985.

Preisindizes der Lebenshaltung 1986¹

	Jan.	Febr.	März	April
Ohne Heizöl und Benzin	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6
Wohnungsmiete	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Heizöl	- 19,6	- 31,3	- 36,9	-
Benzin	- 5,4	- 15,0	- 25,1	-

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, IId.)

Ölpreisentwicklung¹

Sorte	Nov. 85	Dez. 85	März 86	April 86	Mai 86
Brent Blend, Spotpreis	29,00	26,50	11,60	12,70	14,85
Crude Oil, New York					
Terminpreis, letzter Termin	29,75	26,88	11,44	13,70	16,15

¹ Dollar je Faß (= 159 Liter), jeweils zum Monatsende bzw. (Mai) Monatsmitte
(Quelle: Neue Zürcher Zeitung, v. 16. 5. 86)

Die Lebenshaltungskosten unter Ausschluß von Benzin und Heizöl, die mit ihrem großen Gewicht im „Warenkorb“ der Preisindexberechnung (fast fünf Prozent der Verbrauchsausgaben) den Durchschnitt stark beeinflussen, steigen dagegen kaum verlangsamt.

Es ist auch darauf hinzuweisen, daß der Erdölpreis – dessen genaue Höhe im Grunde niemand weiß – seit dem März offensichtlich nicht weiter gesunken ist. Darauf deuten einzelne Indikatoren hin.

Da auch der Dollarkurs seit März nur noch geringfügig gesunken ist, dürfte der Entlastungseffekt durch die Ölpreise sich nicht mehr vergrößern, im Jahresvergleich bleibt der Abstand natürlich weiterhin groß. Verschiedentlich wird nun für das zweite Halbjahr 1986 wieder ein gewisser Anstieg der Rohölnotierungen – auf etwa 17 Dollar/Faß – erwartet, wobei solche Prognosen aber kaum mehr als Wahrsagerie sind: Noch 1980/81 war für 1986 ein Rohölpreis von über 40 Dollar vorhergesagt worden, 1983/84 hatte man sich auf 21 Dollar zurückgezogen und Anfang 1986 war verschiedentlich von zehn Dollar gesprochen worden.

Während die Rohölpreise bis März 1986 steil gefallen sind, bleiben die Preise für die meisten anderen Rohstoffe schwach bzw. gehen teilweise weiter zurück.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	Ohne Energie	HWVA-Index ² Mit Energie
1973	–	90	52
1975	–	100	100
1980	164	157	226
1985	188	112	197
März			
1986	153	121	174

¹ Index 1972 = 100, auf DM-Basis, erst ab Herbst 1978 berechnet

² Index 1975 = 100, auf Dollar-Basis

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. 4. 86)

Auch auf längere Sicht ergibt sich für die Bundesrepublik trotz Ölpreisanstieg in den siebziger Jahren nunmehr eine kräftige Entlastung. Denn während die Rohstoffpreise insgesamt zwischen 1972 und 1986 um fünfzig Prozent gestiegen waren, haben sich die industriellen Erzeugerpreise im gleichen Zeitraum annähernd verdoppelt.

Auch in den übrigen Preisindizes schlägt sich der Rohölfaktor stark nieder, meist stärker als in den Verbraucherpreisen. Dies gilt in allererster Linie für die Importpreise, die im März um 18 Prozent unter dem Vorjahresstand lagen.

Ausgewählte Preisindizes 1984

	Industriepreise	Landwirtschaftspreise	Importpreise	Großhandelspreise
	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	-0,2	0,0	-3,1	-2,2
Februar	-0,5	-0,8	-2,6	-3,3
März	-0,4	-1,4	-3,5	-3,8
April	-0,6	-2,1	-2,2	-18,6

¹ In % gegenüber dem Vormonat

² In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Für die nähere Zukunft ist zunächst weiterhin mit einer außerordentlich niedrigen „Inflationsrate“ zu rechnen. Dafür sorgt schon der statistische „Basisseffekt“. Zudem wirkt sich der Preisverfall für Rohöl und andere Importgüter nun mit einer gewissen Zeitverzögerung auch auf die Preise anderer Verbrauchsgüter aus, so sehen sich nun auch die Energieversorgungsunternehmen veranlaßt, die an die Heizölpreise gekoppelten Gaspreise in abgeschwächter Form etwas zu reduzieren. Andererseits ist für Mitte des Jahres eine kräftige Strompreiserhöhung angesagt. Möglicherweise wird es für bestimmte saisonabhängige Waren als Folge der Verseuchung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte durch die Folgen des Kernkraftwerksunfalls in der Sowjetunion auch zusätzliche Preiserhöhungen geben – wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und die Lebensmittelpreise in der letzten Zeit erheblich zur Preisstabilität beigetragen haben. Nahrungsmittel waren im April im Durchschnitt kaum teurer als in der gleichen Vorjahreszeit.

3.3 Sozialhilfe

Die Ausgabe der öffentlichen Haushalte, d. h., vor allem der Gemeinden für die Sozialhilfe haben sich in den letzten Jahren kräftig erhöht, obwohl die Sozialhilfesätze bis Mitte 1985 kaum angehoben worden waren. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich gegenüber 1970 fast verdoppelt.

Sozialhilfeempfänger

	in 1000 Personen	Je 1000 Einwohner	Darunter: „Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ in 1000
1970	1491	25	749
1980	2144	35	1322
1981	2083	34	1291
1982	2320	38	1560
1983	2437	40	1726
1984	2570	42	1837

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1986, S. 136)

Die Sozialhilfestatistik unterscheidet bei den Sozialhilfeempfängern zwischen „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ und „Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU). Noch in den 70er Jahren überwog die Kategorie „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ quantitativ. Seither ist die Zahl der Empfänger hier aber nur wenig gestiegen. Berechnet sind insbesondere kranke und pflegebedürftige Personen sowie Behinderte.

Entscheidend in quantitativer Hinsicht ist inzwischen die „Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ – auch wenn angemerkt werden muß, daß die Hilfe für Behinderte und Pflegebedürftige außerordentlich kostenintensiv ist. Die rapide Zunahme der Sozialhilfeempfängerzahl infolge wachsender Verelendungserscheinungen bezieht sich aber fast ausschließlich auf die „Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“.

Deren Ziffer wird vielfach als „Armutsindikator“ gewählt, was allerdings nur mit großen Einschränkungen möglich ist. Vor allem ist auf das Ergebnis einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums von 1981 zu verweisen, aus der hervorgeht, daß nur 52 Prozent der aufgrund ihrer Einkommenslage Anspruchsberechtigten tatsächlich auch Sozialhilfe beantragen. Man kann also davon ausgehen, daß heute annähernd vier Millionen Bundesbürger gezwungen sind, auf oder sogar unter dem Sozialhilfeniveau zu leben.

Außerdem ist zu den Ziffern anzumerken, daß die Sozialhilfesätze und damit auch die zur Sozialhilfe berechtigenden Einkommensgrenzen seit 1978 real ständig nach unten manipuliert worden sind. Die sowohl unter SPD-geführten Regierungen als auch unter CDU-Verantwortung (jeweils unter tatkräftiger Mithilfe der FDP) vorgenommenen „Haushaltsoperationen“ haben zwischen 1981 und 1984 zu einer nominalen Stagnation der Sätze geführt. Für diesen Zeitraum errechnen sich daher reale Kaufkraftverluste von 13 Prozent. Auch die Anhebung der Sätze zum 1. Juli 1985 um durchschnittlich 8 Prozent – der monatliche Regelsatz für einen Alleinstehenden/Haushaltsvorstand beläuft sich seither auf durchschnittlich 384,- DM – macht den Kaufkraftverlust dieser Jahre also nicht wett. Daß sich die Ziffer der Sozialhilfeempfänger trotz der Absenkung der „Armutsgrenze“ so stark erhöht hat, demonstriert die Dramatik der Entwicklung seit Ende der 70er Jahre.

Bemerkenswert ist nicht nur die rasche Zunahme der Zahlen, sondern auch die Verschiebung der Anspruchsursachen. Neben die traditionellen und durch den Sozialabbau verschärften Unzulänglichkeiten im System der sozialen Sicherung tritt das Arbeitssystem selbst als „Armutsursache“.

In der Regel ist Sozialhilfe ein Zusatz zu anderen Einkommen, die rapide Zunahme der Empfängerzahlen macht deutlich, daß es im gesamten kontraktbestimmten Einkommenssystem große und wachsende Lücken gibt. Diese Lücken haben sich am deutlichsten infolge der Arbeitslosigkeit geöffnet. Inzwischen ist bei nahezu einem Viertel der Empfängerhaushalte Arbeitslosigkeit der Hauptbezuggrund. Dies zeigt u. a., daß das System der Arbeitslosenunter-

Sozialhilfe nach Hauptursachen der Hilfestellung¹

	1981	1984
Krankheit/Tod	8,9	7,6
Ausfall d. Ernährers	15,5	12,3
Verlust des Arbeitsplatzes	9,5	22,6
Unzureichende Rente	31,5	20,0
Unzureichendes		
Erwerbseinkommen	2,5	6,7
Sonstiges	32,1	30,8

¹ Anteile in Prozent, bezogen auf die Haushalte von Empfängern von „Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt“.
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1983; 2/1985, S. 141.)

stützung lückenhaft ist, daß hier Lasten abgewälzt werden sowohl auf die Arbeitslosen selbst als auch auf die Städte und Gemeinden, die die Sozialhilfe zu finanzieren haben. Vor allem die Arbeitslosigkeit Jugendlicher und die Dauerarbeitslosigkeit führt allmählich zur „Umfunktionalisierung“ der Sozialhilfe als Ersatzkasse der Bundesanstalt für Arbeit, die selbst inzwischen wieder Überschüsse ausweisen kann. Zusätzliche Probleme struktureller Natur sind mit den großen regionalen Disparitäten verbunden, mit der Konzentration der Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen. So gab es – bezogen auf die gesamte „Laufende Hilfe ...“ – 1984 in Hamburg 81 Empfänger je 1000 Einwohner, in Baden-Württemberg „nur“ 29.

3.4 Soziale Bewegungen: Streiks und außerparlamentarische Massenbewegungen

Wie schon in der letzten Ausgabe angedeutet, bleiben die Arbeitskämpfe für das Jahr 1985 auf einem vergleichsweise recht niedrigem Niveau.

Streiks 1985

	Beteiligte	Ausfalltage
1985 insges.	78 187	34 505
darunter 4. Quartal	75 960	28 182
einige Wirtschaftszweige:		
Maschinenbau	4 790	2 001
Straßenfahrzeugbau	60 478	6 008
Elektrotechnik	3 715	995
Luftfahrt	2 978	1 1835

(Quelle: schriftliche Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit)

Der weitaus größte Teil der Streikaktivitäten, nämlich 82 Prozent der Ausfalltage und sogar 97 Prozent der Streikbeteiligten fallen in das vierte Quartal 1985. Wie die Aufschlüsselung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, liegt dies nicht nur am regulären viertägigen Luft-hansastreik, sondern vor allem an den politisch motivierten Streikaktionen in der Metallindustrie gegen die Veränderung des § 116 AFG, obwohl Kurzstreiks nur zum geringsten Teil von der Statistik erfaßt werden. Für die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften sind diese Aktionen von herausragender Bedeutung, da dies weitere Veränderungen zu einem aktiven und politischeren Streikverhalten bestärken kann. Insgesamt ist seit Beginn der 80er Jahre ein relativ hohes Niveau an Massenkämpfen – sowohl an Streiks wie an außerparlamentarischen Bewegungen – für die BRD zu vermerken, zu deren Höhepunkten die Jahre 1983 mit großen Friedensdemonstrationen und 1984 mit den Arbeitskämpfen um Arbeitszeitverkürzungen gehören. Untersucht man die langfristige Entwicklung von Arbeitskämpfen einerseits und außerparlamentarischen Bewegungen andererseits, stößt man auf jeweils unterschiedliche Zyklen. Dies soll im folgenden skizziert und verglichen werden.

Wie die Streiktabelle (1968 bis 1985) illustriert, setzt nach einem Tiefpunkt in der Krise 1967/68 eine Welle von Streiks ein, die sich in relativ hohen Arbeitskämpfdaten bis zum Ende der ersten Phase der sozialliberalen Periode 1973/74 ausdrückt. Nach einem Abflachen in der Krise 1974/75 bestimmen in den nachfolgenden Jahren, die durch Krisen- und Umbruchprozesse geprägt sind, mehre-

Arbeitskämpfe in der BRD 1968–1985

Jahr	Beteiligte	Verlorene Arbeitstage
1968	25 167	25 249
1969	89 571	249 184
1970	184 269	93 203
1971	536 303	448 740
1972	22 908	66 045
1973	185 010	563 051
1974	250 352	1 051 290
1975	35 814	68 680
1976	169 312	533 696
1977	34 437	23 681
1978	487 050	428 1284
1979	77 326	483 083
1980	45 159	128 386
1981	253 334	58 398
1982	39 981	15 106
1983	94 070	40 841
1984	537 265	561 7595
1985	78 187	34 505

(Quelle: Statistische Jahrbücher der BRD 1969 bis 1984; schriftliche Mitteilung durch die Bundesanstalt für Arbeit über Jahreszahlen 1985)

re exemplarische Arbeitskmpfkongflikte einen diskontinuierlichen Verlauf der Streikentwicklung. In diesen Arbeitskämpfen – vor allem 1978/79 und dann 1984 – geht es zugleich um gesellschaftliche Machtauseinandersetzungen, in denen Kräfteverhältnisse neu verteilt und fixiert werden. In diesen Konflikten konnte gegen die konservative Offensive das gewerkschaftliche Gegenmachtspotential verteidigt und stabilisiert werden. Der exemplarische Charakter dieser einzelnen Arbeitskämpfe kommt auch darin zum Ausdruck, daß die jeweiligen materiellen Ergebnisse schnell und breit verallgemeinert werden (vgl. Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche).

Eine quantifizierende Verlaufsanalyse außerparlamentarischer Massenbewegungen stößt auf große Schwierigkeiten. Empirische Indikatoren für Umfang, Niveau und Entwicklung, die regelmäßig statistisch erfaßt werden, fehlen weitgehend. Lediglich die Innenministerien der Länder und des Bundes erfassen Ergebnisse polizeilicher Erhebungen über Demonstrationen. Dabei wird nur die Anzahl der Demonstrationen, nicht aber ihre Teilnehmerzahlen registriert. Der Charakter dieser Statistik wird auch darin sichtbar, daß politische Anlässe und Inhalte oder überhaupt Rechts- oder Linksorientierungen nicht als Differenzierung ausgewiesen werden, sondern lediglich zwischen friedlichen und unfriedlichen Demonstrationen unterschieden wird. Dennoch soll die Anzahl der jährlichen Demonstrationen als ein, wenn auch eingeschränkt aussagefähiger Indikator für die Entwicklung außerparlamentarischer Aktivitäten genommen werden. Die Entwicklung dieser Daten von 1968 bis 1985 zeigt Einschnitte und Niveauunterschiede.

Demonstrationstätigkeit in den Jahren 1968 bis 1986 in der BRD

Jahr	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Anzahl der Demonstrationen	2059	2253	1383	1548	1547	1805

Jahr	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Anzahl der Demonstrationen	1922	2551	2956	2887	2980	3327

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Anzahl der Demonstrationen	4471	5772	5313	9237	7453	5691

(Quelle: schriftliche Angaben des Bundesinnenministeriums sowie der Innenministerien und -behörden der Bundesländer)

Die Jahre 1968/69 waren noch durch die Aktionen der Studentenbewegung und APO geprägt. Im Unterschied zur Streikentwicklung flacht in den ersten Jahren der sozialliberalen Regierung (1970 ff.)

die Kurve der Demonstrationen ab. Erst mit der Konfliktschärfung im Reproduktionsbereich, insbesondere zu Umweltschutzfragen und dem damit verbundenen Aufschwung „neuer sozialer Bewegungen“ steigt die Zahl der Demonstrationen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre kontinuierlich an. Der Blick auf die Daten in den 80er Jahren vermag die These von einem qualitativ neuen Niveau außerparlamentarischer Massenkämpfe erhärten. Die jährliche Anzahl der Demonstrationen verdoppelt und verdreifacht sich und erreicht 1983 mit über 9000 ihren Höhepunkt. Dies war das Jahr des Kampfes gegen die Stationierung der US-Raketen. Aber auch in den folgenden Jahren bleibt das Aktionsniveau hoch. Zweifellos geht in diese Daten auch die Zunahme gewerkschaftlicher Demonstrationen und Kundgebungen in dieser Periode mit ein. Berechnet man die jährlichen Gesamtangaben auf die jeweilige Anzahl von Demonstrationen pro Tag um, so kann das Verlaufsbild der Demonstrationenentwicklung noch besser illustriert werden. 1969: 6, 1971: 4, 1976: 8, 1980: 12, 1983: 25, 1985: 15 Demonstrationen pro Tag im Jahr.

Demonstrationshäufigkeit nach Bundesländern 1980–1985

	1980		1981		1982	
	a	b	a	b	a	b
Baden-Württ.	283	0,3	557	0,6	413	0,4
Bayern	497	0,4	553	0,5	537	0,5
Bremen	84	1,2	144	2,1	121	1,8
Hamburg	266	1,6	428	2,7	836	5,2
Hessen	650	1,2	981	1,8	456	0,8
Niedersachsen	490	0,7	694	0,9	521	0,7
NRW	1355	0,8	1487	0,9	1623	0,9
Rheinl.-Pfalz	355	0,9	187	0,5	175	0,5
Saarland	15	0,1	60	0,6	39	0,4
Schl.-Holstein	132	0,5	215	0,8	159	0,6
West-Berlin	344	1,9	469	2,5	433	2,3
Gesamt	4471	0,7	5772	0,9	5313	0,9

	1983		1984		1985	
	a	b	a	b	a	b
Baden-Württ.	935	1,0	830	0,9	715	0,7
Bayern	1210	1,1	844	0,7	639	0,6
Bremen	123	1,8	142	2,1	100	1,5
Hamburg	881	5,5	832	5,2	663	4,1
Hessen	657	1,2	537	0,9	404	0,7
Niedersachsen	928	1,3	522	0,7	447	0,6
NRW	2839	1,7	2157	1,3	1717	1,0
Rheinl.-Pfalz	424	1,2	350	0,9	224	0,6
Saarland	123	1,2	64	0,6	35	0,3
Schl.-Holstein	247	0,9	163	0,6	106	0,4
West-Berlin	870	4,7	1012	5,5	641	3,5
Gesamt	9237	1,5	7453	1,2	5691	0,9

Anmerkung:

a = absolute Anzahl der registrierten Demonstrationen
b = Demonstrationshäufigkeit pro 10000 Einwohner
(Quelle: Schriftliche Mitteilung des Bundesministeriums des Innern, Statistisches Jahrbuch der BRD 1985, eigene Berechnungen)

Die regionale Verteilung der Demonstrationsaktivitäten ist höchst ungleich. Nehmen wir die 80er Jahre, so fällt auf, daß NRW die weitaus meisten Demonstrationen aufweist. Dies ergibt sich daraus, daß NRW das bevölkerungsreichste Bundesland ist, in dem zugleich die Bundeshauptstadt als Anziehungspunkt von Demonstrationen liegt. Da die Bundesländer sehr unterschiedliche Bevölkerungsgrößen haben, wurde die Anzahl der Demonstrationen pro 10000 Einwohner berechnet, um die regionale Häufigkeit besser zu erschließen. Daraus ergibt sich, daß neben Westberlin die Stadtstaaten Hamburg und im Abstand dann Bremen weitaus an der Spitze liegen (mit in Hamburg mehr als doppelt so viel Demonstrationen wie in NRW). Hier wie in mehreren anderen Großstädten ist das politische Klima durch den außerparlamentarischen Kampf stark geprägt. Betrachtet man Streikentwicklung wie Demonstrationsaktivitäten gemeinsam, so sind die 80er Jahre durchaus als eine Periode mit einem neuen Niveau von Massenkämpfen zu bezeichnen.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die seit Anfang 1985 zu beobachtende langsame Zunahme der Beschäftigtenziffern hat sich bis zuletzt fortgesetzt, allerdings eher in schwächerer Form. Nach den letzten Erhebungen ist die Zahl der abhängig Beschäftigten 1985 um knapp 170 000 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Für 1986 wurde im „Frühjahrgutachten“ eine weitere Erhöhung um rund 300 000 prognostiziert, wobei u. a. auf die Wirkung beschäftigungspolitischer Maßnahmen wie die Einführung des „Erziehungsurlaubs“ gehofft wird. Trotzdem wird auch dann die Beschäftigtenziffer noch eine halbe Million unter dem Stand von 1980 liegen.

Abhängig Beschäftigte (saisonbereinigte Ziffern)¹

	1984				1985				1986
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
21971	21996	22006	22067	22100	22138	22210	22259	22310	

¹ In 1000 Personen
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 20/86, S. 250)

Nach wie vor wird die Beschäftigtenzunahme nur von den Bereichen des Investitionsgütergewerbes (vor allem Elektroindustrie, Maschinenbau u. Fahrzeugbau) und von den Dienstleistungen im privaten Bereich getragen. Infolge der Arbeitszeitverkürzung im Einzelhandel, die zum 1. Januar 1986 wirksam geworden ist, kann auch dort mit einer Stabilisierung gerechnet werden. Der Vorjahresstand der Beschäftigung war Ende 1985 nur in wenigen Sektoren deutlich überschritten: in der Energiewirtschaft (ohne Bergbau), im Investitionsgütergewerbe, im Bankenbereich, bei Gaststätten und in den privaten Dienstleistungen. Im quantitativ bedeutenden öffentlichen Dienst vollzieht sich die Beschäftigungsexpansion nur noch sehr zögernd, hier spielt die Verwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze eine entscheidende Rolle.

Abhängig Beschäftigte nach Sektoren¹

	4. Vj. 1983	1984	1985	% ²
Land- u. Forstwirtschaft	247	253	253	0,0
Bergbau	227	216	213	-1,4
Energie	248	249	252	+1,2
Grundstoffe/Produktionsgüter	1448	1430	1433	+0,2
Investitionsgüter	3977	3999	4157	+4,0
Verbrauchsgüter	1678	1665	1660	-0,3
Nahrungs-/Genußmittel	765	762	752	+1,3
Baugewerbe	1429	1376	1299	-5,6
Handel	2963	2990	2975	-0,5
Verkehr	1400	1385	1379	-0,4
Öffentlicher Dienst ³	3967	3990	4022	+0,8
Banken/Versicherungen	786	786	795	+1,1
Gastgewerbe	495	516	529	+2,5
Häusliche Dienste	232	231	229	-0,9
Dienstleistungshandwerk ⁴	645	677	707	+4,4
Sonstige Dienstleistungen ⁵	1657	1738	1809	+4,1
Insgesamt	22164	22263	22464	+0,9

¹ In 1000
² Veränderung 1985 gegenüber 1984 in Prozent.
³ Einschließlich Soldaten
⁴ Friseur, Wäschereien, usw.
⁵ Freie Berufe, Verbände usw.
(Quelle: DIW-Wochenbericht 15/86, S. 180)

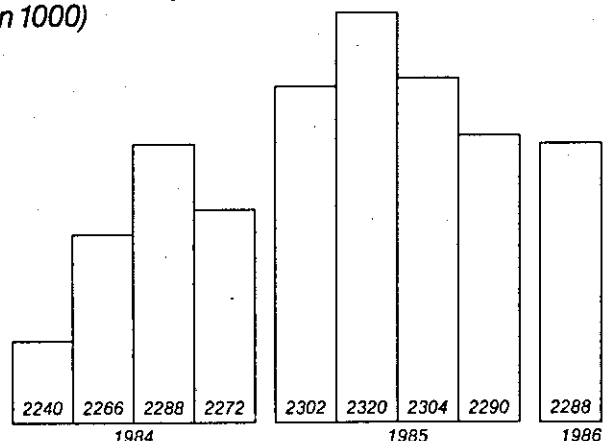
Die Erhöhung der Beschäftigtenziffern hat aber bislang kaum zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Sieht man von saisonalen Veränderungen ab, so liegt die registrierte Arbeitslosigkeit immer noch auf einem extrem hohen Niveau.

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)

	1984				1985				1986
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
2240	2266	2288	2272	2302	2320	2304	2290	2288	

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihette Reihe 4, IId.)

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)



IMSF

Erst im April ist es zu einem deutlichen Rückgang unter den Vorjahresstand gekommen. Aber auch dieser Rückgang ist ganz überwiegend statistischer Natur.

Bekanntlich wurde zum Jahresanfang 1986 der § 105 c AFG in Kraft gesetzt, der die Meldepflicht für 58jährige und ältere Arbeitslose abschafft: Inzwischen machen 34000 Betroffene davon Gebrauch, scheiden also aus der Statistik aus, obwohl sie weiterhin Leistungen der Bundesanstalt beziehen und arbeitslos sind. Zudem begannen im April fast 50000 Personen eine berufliche Umschulung, 17000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Personen, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zeitweilige Beschäftigung gefunden haben, stieg auf

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2590	-29	263	-203	122	+34
Februar	2593	-18	295	-137	137	+36
März	2448	-27	295	-102	158	+44
April	2230	-75	216	-149	157	+46

1 In 1000 Personen

2 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

über 100000, das sind 15000 mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Berücksichtigt man die statistischen Auswirkungen dieser Maßnahmen, so verschwindet der geringe Rückgang gegenüber dem Vorjahr praktisch vollständig.

Auch längerfristig rechnet keine Institution ernsthaft damit, daß die Arbeitslosigkeit im Zuge der Fortsetzung des gegenwärtig zu beobachtenden Trends wesentlich reduziert werden könnte. So kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das wissenschaftliche Institut der Bundesanstalt für Arbeit, in einer überarbeiteten Beschäftigungsprognose bis zum Jahr 2000 zu wenig optimistischen Ergebnissen.

Bei „mittleren“ Annahmen – einem Wirtschaftswachstum bis 1990 bzw. 2000 von jährlich real 2,5 Prozent und „Nullwanderung“ von Ausländern erwartet das Institut im Jahre 1990 immer noch 3,2 Millionen, gegenüber 3,6 Millionen im Jahre 1985. Von „Wende am Arbeitsmarkt“ keine Spur. Setzt sich aber der Wachstums- und Produktivitätstrend der ersten Hälfte des laufenden Jahrzehnts fort, (+ 1,2 Prozent) dann muß für 1990 mit mehr als fünf und 2000 mit fast sechs Millionen Arbeitslosen gerechnet werden. Eine besondere Würze erhält diese Prognose noch dadurch, daß das IAB in seiner „mittleren“ Variante eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von einem Prozent (seit 1982) bereits einkalkuliert. Also: Nur wenn 1990 die durchschnittliche Arbeitszeit deutlich niedriger liegt als 37 Wochenstunden ist bei sonst gleichen Annahmen ein besseres Ergebnis am Arbeitsmarkt zu erwarten.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 21. 5. 1986. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM. Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Marxistische Studien: Jahrbuch des IMSF

Ab 1985 mit zwei Lieferungen pro Jahr

Vorausschau/Themenplanung:

Bd. 9, II/1985: Perspektiven des BRD-Kapitalismus und Alternativen der Linken

Bd. 10, I/1986: Marxistische Persönlichkeitstheorie – internationale Beiträge

Bd. 11, II/1986: Krise – staatsmonopolistischer Kapitalismus – Entwicklungstypen und -varianten des SMK

Bd. 12, I/1987: Internationale Tendenzen der Marx-Engels-Forschung

Bd. 14, I/1988: 1789 – 1989: Zur Aktualität der Revolutionstheorie

Marxistische Studien im Dauerbezug ab
Band 8 mit 20% Abo.-Rabatt.
Lieferung erfolgt jeweils nach Erscheinen der
Bände portofrei gegen Rechnung.

Beiträge des IMSF, Band 7

Umbruch im Produktionsbereich?

Inhalt:

Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Bauindustrie.

Probleme:

Ursachen und Auswirkungen von Wachstumsverlangsamung und stagnativer Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik.

Material:

Grundlagenmaterial, tabellarische Übersichten, statistische Einzelanalysen.

Mitarbeiter:

Dietmar Düe, Fritz Fiehler, Jörg Goldberg, Gert Hautsch, Peter Hermann, André Leisewitz, Niki Müller, Ludger Selg.

XIV + 428 Seiten, 289 Tabellen und Abbildungen

Frankfurt/M., 1985,

Format 17 x 24 cm, broschiert, DM 30,-